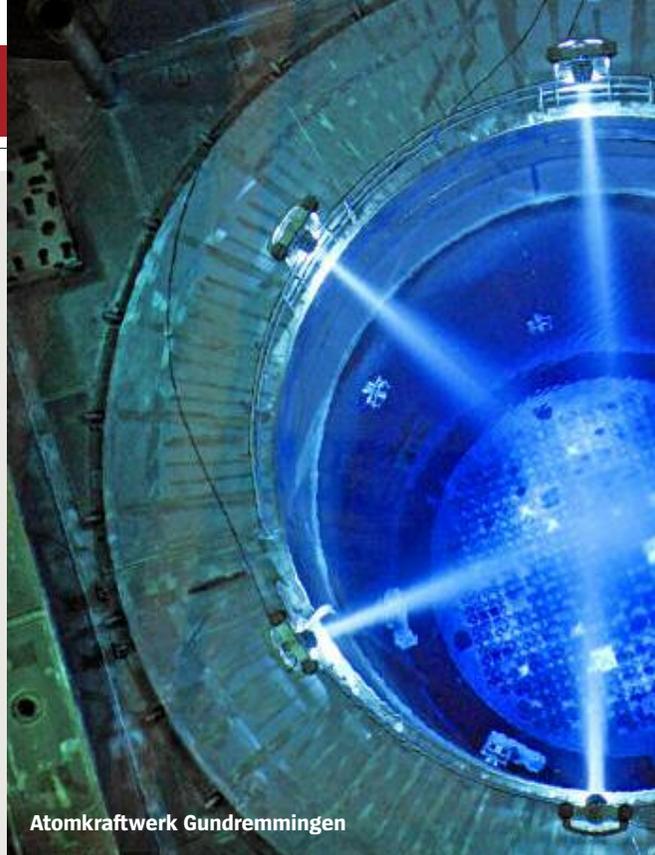


BRENNLEMENTE

## Zweifel an der Steuer

An der Rechtmäßigkeit der sogenannten Brennelementesteuer hat das Finanzgericht München ernsthafte Zweifel geäußert. Das geht aus einem Beschluss vom vergangenen Mittwoch hervor. Darin weist das Gericht einen Steuerbescheid über 74 Millionen Euro für den Austausch der Brennelemente im RWE-Atomkraftwerk Gundremmingen zurück. In seiner Begründung bezweifelt es, ob der Bund überhaupt die Gesetzgebungskompetenz für eine solche Steuer besitzt und ob es sich – wie das Bundesfinanzministerium meint – tatsächlich um eine Verbrauchsteuer handelt. Schon vor drei Wochen hatte das Finanzgericht Hamburg in einem ähnlichen Fall beim RWE-Konkurrenten E.on eine entsprechende Steuerforderung zurückgewiesen. Zwar können die Finanzbehörden gegen die Urteile Berufung einlegen. Doch mit dem zweiten Urteil schwinden die Chancen für Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), die von ihm bis 2016 jährlich eingeplanten 1,3 Milliarden Euro verbuchen zu können. Schäuble hatte die Steuer vor dem Reaktorunfall in Fukushima eingeführt und wollte bei den Betreibern ursprünglich 2,3 Milliarden Euro pro Jahr abschöpfen. Nach Stilllegung von 8 der 17 deutschen Atomkraftwerke hatten die Konzerne angekündigt, gegen die Steuer juristisch vorzugehen.



Atomkraftwerk Gundremmingen

AIR BERLIN

## Köder für Kunden?

Die Fluglinie Air Berlin hat offenbar nicht nur Prominente mit VIP-Karten zur kostenlosen Nutzung ihres Service beglückt. In den Genuss von Freiflügen sollen auch Geschäftspartner des Unternehmens gekommen sein, was bei Juristen als äußerst problematisch gilt. Wie Insider berichten, wurden unter dem Ende August zurückgetretenen Firmenchef Joachim Hunold unter anderem Top-Manager von großen Flughäfen oder Reiseveranstaltern mit der sogenannten Counter Card Premium Plus ausgestattet, darunter auch Angestellte des Touristikriesen TUI. Der Konzern ist an Air Berlin nicht nur mit knapp sieben Prozent beteiligt, sondern kauft in den Chartermaschinen auch regelmäßig Sitzplatzkontingente für seine Feriengäste ein. Normalerweise wird bei derartigen Verhandlungen von Fluglinien mit Veranstalter oder Airports hart gefeilscht. Mit der Premiumkarte wollten die Air-Berlin-Manager ihre Gesprächspartner womöglich milde stimmen. Die Fluglinie selbst lehnte einen Kommentar ab und verweist darauf, dass Air Berlin zu einzelnen Kunden und Kundengruppen generell keine Auskunft gibt. Ein TUI-Sprecher erklärt, ihm sei nicht bekannt, ob Mitarbeiter oder Führungskräfte über eine Air-Berlin-Premiumkarte verfügen.

METRO

## Verhärtete Fronten

Vor dem entscheidenden Gerichtstermin an diesem Dienstag ist eine gütliche Einigung zwischen der Metro AG und dem Media-Markt-Gründer Erich Kellerhals in weite Ferne gerückt. Bereits in den Schriftsätzen, die dem Landgericht Ingolstadt vorliegen, lassen beide Parteien keinen Zweifel daran, wie zerstritten sie sind. Das von „großem Medienspektakel“ begleitete



Media-Markt-Filiale in Berlin

Verfahren diene nur den „eigenständigen wirtschaftlichen Interessen“ von Kellerhals, heißt es in dem knapp 80-seitigen Schriftsatz der Metro. Durch diese „destruktive Strategie“ wolle Kellerhals seinen „Lästigkeitswert“ steigern, um den Preis für seine Minderheitsanteile in die Höhe zu treiben. Außerdem habe er in der Presse „der Wahrheit zuwider“ Aussagen über angeblich unsichere Anlagegeschäfte der Metro gemacht. Ebenso unversöhnlich zeigt sich die Kellerhals-Seite: Der Metro-Schriftsatz enthalte „offenkundig unwahre Behauptungen“. Man wolle auf die „unsubstantiierten“ Anschuldigungen deshalb nicht im Einzelnen eingehen. Hintergrund des Streits sind eine Passage des Gesellschaftervertrags und die Frage, ob Kellerhals seine Sperrminorität behalten kann, obwohl die Metro 75 Prozent an der Media-Saturn-Holding besitzt. Im Juli hatte das Landgericht Ingolstadt bereits anklingen lassen, dass es Alteigentümer Kellerhals im Recht sieht, den beiden Parteien aber empfohlen, sich außergerichtlich zu einigen.

ZAHL DER WOCHE

# 8 Mio.

der knapp 82 Millionen Einwohner Deutschlands könnten 100 Jahre alt werden: 5,3 Millionen Frauen und 2,8 Millionen Männer. Das geht aus Berechnungen des Kölner Ökonomen Eckart Bomsdorf hervor. Demnach werden, von möglichen Zu- und Auswanderungen abgesehen, von den Bürgern, die heute älter als 50 sind, rund zwei Millionen dieses Alter erreichen, von den unter 50-Jährigen sogar sechs Millionen.